Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses der Vorlage VI/2016/01649 „Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE zum Umgang mit Investorenanfragen“.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften über Interessensbekundungen privater Akteure mit einer voraussichtlichen Investitionssumme von über 5 Mio. Euro unverzüglich für den Fall in Kenntnis zu setzen, dass die Stadtverwaltung beabsichtigt, keine weiteren Verhandlungen mit einem potentiellen Investor oben genannter Größenordnung aufzunehmen oder aufgenommene Verhandlungen zu beenden bzw. durch den jeweiligen Prozessbevollmächtigten einer städtischen Gesellschaft beenden zu lassen. Hierzu bedarf es einer ausdrücklichen Ermächtigung qua Beschluss durch den benannten Ausschuss.